

»Abenomics« und die Shunto 2014: Der Einfluss von Einkommens-, Beschäftigungs-, Vermögens- und Bevölkerungsentwicklung für die Wachstumspolitik in Japan

Albrecht Rothacher

»Abenomics« and the Shunto of 2014: The impact of income, employment, wealth and demographic developments on Japan's growth policies

As export led growth is no longer an option for Japan, the stimulation of domestic demand through increased purchasing power is of decisive importance for the ultimate success or failure of Abenomics and its declared growth objectives. This article looks at income developments, wealth distribution, demographic trends and the structural changes in Japan's labour market during the last two decades. Two parameters have been declared as decisive by the Abe government: the base wage increase during the spring offensive (Shunto) of 2014 and the increased employment of women in the qualified labour market. Hence they are analysed in greater detail. In conclusion we find the base wage increases too minimal and too partial (benefiting only a minority of the work force) to compensate for the income losses of the past decades and for the current inflation and sales tax hike. At the same time the government's programmes for increased female labour participation and career enhancement appear once again to be too non-committal to make much of an impact. In conclusion, the article doubts the continued validity of pursuing growth policies in a highly developed country with saturated markets, with an acutely aging and shrinking population, with negative balances of trade and an out-migrating industrial base. It appears that the continued reliance on debt financed permanent growth stimuli is a rather too risky and ultimately self-defeating policy. Rather, the country should consider planned downsizing, with quality of life objectives in line with her population losses as a more sensible option.

1 Einleitung

Als Shinzō Abe im Dezember 2012 zum zweiten Mal Premier wurde, ließ er im Stil der alten LDP sofort neue schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme auflegen und die Zentralbank von ihrem neuen Gouverneur Haruhiko Kuroda die Wirtschaft mit Liquidität fluten. Zudem kündigte er diffuse Strukturreformen an – eine davon soll die Frauenerwerbsquote heben –, die jedoch, sofern sie je beschlossen und effektiv umgesetzt werden, eher mittelfristige Folgen haben würden. Der unmittelbare Effekt der beiden ersten Pfeile von Abenomics war während 2013 vorhersehbar eine gewisse Konjunkturbelebung gewesen, die sich aus den öffentlichen Bau- und Beschaffungsprogrammen und der vorübergehenden Börsenrally, die den Nikkei zeitweise auf über 15.000 hob, speiste, sowie die Abwertung des Yen um 35–40 % gegenüber dem Euro und dem US \$. Erstaunlicherweise erholten sich die Exporte jedoch nicht, der erwartete »J-Kurveneffekt« (d. h. der Anstieg der Exporte und Fall der Importe nach einem zeitlichen Verzug von 3–4 Monaten) blieb auch mehr als 12 Monate nach dem Fall des Yen-Außenwertes aus, so stark war die gewachsene Abhängigkeit von Energieimporten und im Ausland gefertigten Teilen für die Endfertigung in Japan. Mit dem effektiven Wegfall der Exportnachfrage bei einer negativen Handelsbilanz blieb für die nachhaltige Konjunkturbelebung, die das erklärte Ziel von Abenomics ist, nur die Stärkung der Binnennachfrage, zumal auch die Liquiditätsspritzen der Bank von Japan, die 70 % der emittierten Staatsanleihen aufzukaufen begann, die Banken mangels Nachfrage nicht zu höheren Kreditvergaben motivieren konnte. Deshalb kam im Bewusstsein der Politik wie der Öffentlichkeit den Tarifverhandlungen im Frühjahr 2014 eine strategische Bedeutung zu (*FT* 18.02.2014; Pilling 27.03.2014). Würden sie die Kaufkraftverluste, die im Zuge der Verkaufssteuererhöhungen am 1. April 2014 (von 5 % auf 8 %) und die nach Ende der Deflationszeit auf 1,3 % gekletterte Inflationsrate ausgleichen können, und so die Verbrauchernachfrage in dem schrumpfenden und alternden Land zumindest halten oder gar steigern, oder würde bei fortgesetzten Einkommensverlusten dem Land mit seinen Staatsschulden in Höhe von 240 % des BIP ein Nachfrageeinbruch und eine erneute Stagnationsphase mit einer von der gescheiterten »Abenomics« beschleunigten Krise der Staatsfinanzen blühen? Gleich am Anfang seiner Schlüsselrede in Davos im Januar 2014 führte der Premier aus (Abe 23.01.2014): »This spring, wages will increase. Higher wages, long overdue, will lead to greater consumption«. Im Nachfolgenden wird untersucht, ob diese schlichte Logik stimmig ist und ob das erhoffte Ergebnis eintreffen kann. Neben den punktuellen Ergebnissen der Shunto selbst, sind die mittel- und langfristigen Veränderungen der Einkommens-, Beschäftigungs- und Bevölkerungsentwicklung für den Verbrauch und damit für das Binnenwachstum entscheidend. Sie werden im zweiten Teil des Artikels beleuchtet.

2 Der Verlauf und die Ergebnisse der Shunto 2014

Tarifverhandlungen werden in Japan auf Unternehmensebene zwischen Firmengewerkschaft und den Unternehmensleitungen der Großbetriebe geführt. Diese Verhandlungen finden alljährlich im Frühjahr (Shunto = Frühjahrsoffensive) nach festen Ritualen statt. Die Führer der Betriebsgewerkschaft sind freigestellte Mitarbeiter. Alle binnenrekrutierten Angehörigen der Firmenleitung waren jahrzehntelang bis zu ihrem Aufstieg ins Mittelmanagement Gewerkschaftsangehörige gewesen. Man verhandelt also gewissermaßen untereinander in der Unternehmensfamilie, wobei im Zweifelsfall der Erhalt von Stammarbeitsplätzen immer Vorrang vor Lohnsteigerungen hat. Industriegewerkschaftsverbände, wie die der Automobil-, Metall- oder Elektroarbeiter, sind lediglich lose Konföderationen der Firmengewerkschaften der Branchen, die Bildungs-, Koordinierungs-, politische Lobby- und Informationsarbeit leisten, sich aber in die Verhandlungen nicht unmittelbar einmischen. Das gilt auch für den Gewerkschaftsdachverband Rengō und seinen Gegenpart, den Industrieverband Keidanren, in dem der einstige Arbeitgeberverband Nikkeiren mangels echter Funktionen im Jahr 2002 sang- und klanglos aufging und dort nur noch als eine Unterabteilung (Rōdō Seisaku Honbu; Labour Policy Bureau) ein Schattendasein führt.

Rengō obliegt es, durch entsprechende Studien und Agitation seine Mitglieds- gewerkschaften zu mobilisieren und möglichst einheitliche Lohn- und Bonusfor- derungen öffentlich einzufordern (Koga 05.02.2014). So verlangte Rengō Anfang 2014 in Konsultationen unter dem Beifall der Medien (YS 07.11.2013, 28.01.2014) von Keidanren eine Anhebung der Grundgehälter um »mehr als 1 %« für alle Industrien und Gewerbe (JT 24.10.2013). Einzelne Firmengewerkschaften der großen PKW Hersteller (Toyota, Honda, Mazda), Elektronikkonzerne (Hitachi, Panasonic), Schwermaschinenbauer (MHI, Nippon Steel) und Japan Post forderten Erhöhungen der monatlichen Grundgehälter um 3.500 bis 4.000 Yen, die in etwa einem Plus von 2 % entsprochen hätten (JT 11.01.2014). Doch Keidanren lehnte Grundlohnerhöhungen grundsätzlich mit dem Argument ab, die aktuellen Gewinnsteigerungen der Großunternehmen seien Einmaleffekte, die durch die Repatriierung von Aus- landsgewinnen entstanden und durch den niedrigen Yen-Kurs aufgebläht seien (Miyahara 05.02.2014). Sie entsprächen nicht Produktivitätsgewinnen oder einer gestiegenen Wettbewerbsstärke. Deshalb seien erhöhte Grundlöhne, die nach unten rigide die Lohnkosten der Industrie dauerhaft belasten, zumal sie auch zu höheren Pensions- und Gesundheitspflichtbeiträgen der Firmen führen, abzulehnen und stattdessen eher flexible Entlohnungselemente, wie Boni und Überstundenbezah- lungen, die im Wesentlichen Ermessensentscheidungen der Unternehmensleitun- gen sind, zu erhöhen (JN 08.02.2014). Weil Boni als Einmalzahlungen eher in den

Sparstrumpf als in den Konsum wandern, intervenierte Kantei, das Büro des Premiers, bei Keidanren, um höchst unüblich für höhere Grundlöhne zu lobbyieren. Denn nur jenes Gehaltselement gilt als Grundlage für Zulagen für die meisten Angestellten als langfristig verlässlich und als Richtschnur für ihre Verbraucherentscheidungen, bzw. die ihrer Frauen. Bereits im Herbst 2013 hatte die Regierung im Vorfeld der Verhandlungen in einer trilateralen Konferenz (auch dies ist recht rar in Japan) für Konzessionen der Arbeitgeberseite geworben (Yoshikawa 24.03.2014; YS 21.09.2013).

Als Zuckerbrot bot die Regierung Firmen, die die Grundlöhne steigern würden, unspezifische Steuerrabatte an, und als Peitsche drohte Akira Amano, Minister für Wirtschafts- und Fiskalpolitik, im März 2014 jenen Firmen, die sich »unkooperativ« zeigten und weigerten, gleichfalls unspezifische »Maßnahmen« der Regierung an (Soble 13.03.2014). METI Minister Toshimitsu Motegi kündigte für Mai 2014 eine entsprechende Umfrage bei den 1800 größten Firmen an, um die entsprechenden Ergebnisse namentlich zu veröffentlichen. Das Boulevardblatt *Nikkan Gendai* verglich dies mit erpresserischen Yakuza-Methoden (*JT* 15.03.2014). Sowohl die Gewerkschaftsseite als auch Keidanren fand jene Interventionen in die auch in Japan geltende Tarifautonomie als unangebracht und nicht zielführend (Koga 26.02.2014; Nitta 29.01.2014; Wakamatsu 31.01.2014).

Im Januar 2014 hatten in einer Umfrage nur 16 % der an der Tōkyō Börse gehandelten Aktiengesellschaften bekundet, sie seien bereit, die Löhne zu erhöhen, während 53 % dazu nicht bereit waren und lediglich über Bonuszahlungen verhandeln wollten. Im Vorfeld der Verhandlungen ließen unter den Einzelunternehmen lediglich Toyota, Nidec, Toshiba, Hitachi und Mitsubishi Electric öffentlich durchblicken, sie wären zu Lohnerhöhungen bereit, während Sony, Panasonic, Sharp, Pioneer, Takeda, Mazda, Suzuki, die Werften, die Stahl-, Chemie-, Papier und Nahrungsmittelhersteller dies ablehnten. Die Betriebsgewerkschaften von Suzuki, Pioneer und Sharp verzichteten im Blick auf die angeschlagenen Bilanzzahlen daraufhin, an der Shunto 2014 teilzunehmen (*JT* 13.03.2014). Firmen wie Panasonic, TEPCO und Chubu Electric kündigten gar an, sie würden Löhne und Managementgehälter kürzen müssen, um wieder schwarze Zahlen schreiben zu können.

Die auf den Binnenmärkten operierende Masse der Klein- und Mittelbetriebe waren von Ausgabenprogrammen der Regierung, den repatriierten Profiten und der Börsenrally ohnehin kaum begünstigt, sondern eher durch die stark erhöhten Energie- und Importkosten belastet. Da ihre Belegschaften nur marginal gewerkschaftlich organisiert sind, nahmen nur die wenigsten an der Shunto teil. Von den Mitgliedsgewerkschaften des Metall- und Maschinenverbandes JAM, der im Wesentlichen die Beschäftigten mittelgroßer Zulieferindustrien vertritt, traten trotz

des Drängens der Verbandsführung von 1593 Einzelgewerkschaften nur 485 (31 %) mit Lohnforderungen bei der Shunto an (Ito 06.03.2014).

Der öffentliche Dienst blieb völlig außen vor. Hier hätte die Regierung wohl am unschwersten, gleichsam mit sich selbst verhandelnd, die politisch gewünschten Gehaltssteigerungen durchsetzen können. Allein sie tat das exakte Gegenteil und setzte die von der »antibürokratischen« DPJ Vorgängerregierung vorgeschlagenen und gemeinsam beschlossenen jährlichen Gehaltskürzungen nahtlos fort. So war als Reaktion auf die Katastrophen des 11. März 2011 entschieden worden, die Gehälter der etwa eine Million zählenden nationalen Beamten in Jahrestrenchen um in Summe durchschnittlich – 7,8 % zu kürzen (DPJ 21.02.2012). Die 3,4 Millionen Beamten und Bediensteten der Präfekturen und Gemeinden (im Wesentlichen Lehrer, Polizisten, Feuerwehrleute, Krankenschwestern, Müllmänner und Verwaltungsbedienstete) sind in 36 der 47 Präfekturen ähnlichen Kürzungen unterworfen worden (Otsuma 13.07.2013).

Schließlich trafen Mitte/Ende März 2014 die ersten Ergebnisse ein: Japans Flaggschiff Toyota, der profitabelste Großkonzern: plus 2700 Yen (gegenüber 4000 Yen als Gewerkschaftsforderung), bei Nissan gar plus 3500 Yen (etwa 25 Euro), die meisten Elektronikhersteller plus 2000 Yen, Japan Post plus 1000 Yen (gegenüber 3000 Yen als Gewerkschaftsforderung), überall begleitet von leicht erhöhten Bonuszahlungen (*JN* 13.03.2014; *JT* 13.03.2014). Nomura (14.03.2014) schätzte die durchschnittliche Steigerung der Grundgehälter der Großindustrie auf + 0,42 % (oder 1950 Yen, d. h. etwa 14 Euro brutto). Nach einer Umfrage der Shinkin Central Bank erhöhten jedoch 83 % aller KMU, in denen 70 % aller Arbeitnehmer beschäftigt sind, die Grundlöhne nicht – am allerwenigsten jene des Einzelhandels (90 %), und am wenigsten selten im Baugewerbe (77 %), wo die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften bei jener Minderheit eines knappen Viertels der Unternehmen bei wachsenden öffentlichen Aufträgen einen positiven Einfluss gehabt haben könnte (*JT* 28.03.2014). Bei Dienstleistern gab es einige spektakuläre Überraschungen, so bei der Leasingfirma Orix (5000 bis 10.000 Yen) und der Lawson Supermarktkette (3000 Yen), die als Ausnahmefälle sehr viel Publizität erhielten. Das gilt auch für die wenigen Firmen, die die Löhne für Teilzeitkräfte, die grundsätzlich nicht tarifvertraglich bezahlt werden, aus eigenem Gutdünken hoch setzten: So Toyota um 200 Yen (1,40 Euro) pro Tag für seine Hilfsarbeiter, K's Denki, ein Elektro-Diskonter, den Stundenlohn um 24 Yen (17 Cent), und Nomura Real Estate Development das Gehalt für seine Apartmentverkäufer um 5000 Yen (35 Euro) im Monat.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die überwältigende Mehrheit der Arbeitskräfte in Japan, also jener 35 % Teilzeitkräfte und jener 70 % bei KMU Beschäftigten (die sich in hohem Maße überlappen) sich mit einer weiteren Nullrunde zu-

friedengeben mussten, und dass selbst bei den Großbetrieben mit ihren »privilegierten« Stammarbeitern das Bild ebenfalls nicht einheitlich war. Selbst bei jener Minderheit der 20 % betriebsgewerkschaftlich Meistbegünstigten erscheinen die durchschnittlichen Erhöhungen von marginaler Bedeutung, sowohl brutto wie in erhöhtem Masse netto.

3 Die gewerkschaftliche Organisation

Die anhaltende organisatorische Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und die dezentrale Konstruktion der Shunto-Verhandlungen mag erklären, warum es trotz Vollbeschäftigung, Regierungsappellen und wachsenden Arbeitskräftemangels in den weniger attraktiven Sektoren (Bauwirtschaft, Pflege, industrielle KMU) weder 2014 noch mutmaßlich in absehbarer Zeit zu signifikanten Reallohnsteigerungen kam bzw. kommen dürfte.

Gegenwärtig sind knapp 9,9 Millionen Japaner gewerkschaftlich organisiert. Dies entspricht einem Anteil von 17,9 % aller Arbeitnehmer (2012), und ist – wie in allen vergleichbaren Industrieländern – seit Jahrzehnten (1950: 46,2 %, 1980: 30,8 %, 2000: 21,5 %) scheinbar unaufhaltsam rückläufig. Im internationalen Vergleich liegt er in etwa auf dem gleichfalls schrumpfenden Niveau Deutschlands (19,2 %), aber immerhin noch weit über den Organisationsgraden der USA (11,3 %), Koreas (10,3 %) oder Frankreichs (7,8 %). Die meisten Gewerkschaften sind mit ihren 6,8 Millionen Mitgliedern (67 %) im DPJ nahen Dachverband Rengō föderiert (Rengō 2012: 1). 25,5 % sind nach Mitgliederzahlen unabhängig, und 7,5 % in den KPJ nahen Spaltergewerkschaften der Zenrōren, die nur noch bei Präfektur- und Gemeindebediensteten im einfachen und mittleren Dienst, Lehrern, Krankenschwestern, Druckern und Transportarbeitern einigen Einfluss haben (Rothacher 2010: 205).

Bezeichnend sind die Organisationsunterschiede nach Branchen, Unternehmensgrößen und Arbeitsstatus. So sind sie bei halbstaatlichen Versorgungsunternehmen (51 %), im öffentlichen Dienst (40 %) und bei Banken und Versicherungen (48 %) weiter recht hoch, jedoch bei Dienstleistungen wie der Immobilienwirtschaft, Gastronomie, Hotellerie, sowie in der Fischerei, Land- und Forstwirtschaft mit zwischen 2–6 % minimal. Sind in den Großbetrieben mit mehr als 1000 Mitarbeitern noch 46 % der Arbeitnehmer Mitglieder der Unternehmensgewerkschaft, so sind es in Mittelbetrieben von 100 bis 1000 Mitarbeitern nur noch 13 %. In kleineren Kleinbetrieben ist der Organisationsgrad mit 1 % infinitesimal. Von Teilzeitarbeitern sind trotz der deklaratorischen Bemühungen von Rengō gerade einmal 6,3 % gewerkschaftlich organisiert. Realiter vertreten die Betriebsgewerkschaften

die Interessen der festgestellten Stammarbeiter der Großbetriebe und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Oh 2014: 117). Da im Zuge der Abwanderung der industriellen Fertigung ins Ausland und der Personalkürzungen im öffentlichen Dienst die Beschäftigungszuwächse nur noch im unorganisierten Dienstleistungs- und Teilzeitbereich stattfinden, ist der weitere gewerkschaftliche Organisierungsrückgang und Einflussverfall vorprogrammiert. Wegen jener strukturellen Organisationsdefizite konnte auch während der Shunto 2014 die vielbeklagte Verknappung der Arbeitskräfte im Pflege-, Gesundheits- und Bausektor trotz einer faktischen Vollbeschäftigung (bei einer Arbeitslosenquote von 3,7 %) bei ihnen nicht in Reallohnsteigerungen umgesetzt werden. Es sind justament genau jene Niedriglohnssektoren, in denen Kleinbetriebe und Teilzeitbeschäftigungen dominieren, in denen die Gewerkschaften am schwächsten sind und an denen sie bislang das geringste Interesse und Engagement zeigten (Oh 2014: 117).

Fast überflüssig scheint es zu erwähnen, dass die gewerkschaftliche »Frühjahrs-offensive« im Jahr 2014 völlig streikfrei ablief.

4 Die vergangene Einkommensentwicklung

Die marginalen Bruttozuwächse der Shunto 2014 müssen im Zusammenhang mit der negativen Einkommensentwicklung der letzten beiden Jahrzehnte gesehen werden. Seit ihrer Spitze im Jahr 1997 sind nominelle und durchschnittliche Reallöhne (die Boni und Überstundenbezahlungen einschließen) bis 2012 um $-12/13\%$ gefallen (Kotake 06.05.2013). Während 2013 fielen die Reallöhne um weitere $-0,5\%$, einer Zeit in der der Verbraucherpreisindex erstmals wieder um $1,3\%$ stieg (JN 06.02.2014). Nach einer Statistik des Sozialministeriums machte das Bruttodurchschnittsgehalt 314.000 Yen im Monat aus. Es setzte sich zu 80% aus dem Grundgehalt von 241.000 Yen ($-0,6\%$), zuzüglich Überstundenzahlungen von 19.000 Yen ($+1,8\%$) plus Boni von 54.000 Yen ($+2,1\%$) zusammen. Dabei muss allerdings zwischen jenen 70% Vollzeitangestellten mit einem Bruttogehalt von 404.000 Yen ($+0,7\%$) und jenen 30% Teilzeitkräften mit 97.000 Yen monatlich ($-0,6\%$) unterschieden werden. Der Rückgang der Teilzeitlöhne wird vom Arbeitsministerium mit dem Fall der Arbeitszeiten begründet (JN, 6.2.2014).

Bei der Beurteilung der Einkommenslage ist zu berücksichtigen, dass unabhängig von den meist eingefrorenen Grundlöhnen während 2004–2010 fast alle ($93,5\%$) Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten und 81% sämtlicher Firmen ihr Gehaltssystem geändert haben. Die Änderungen sind komplex, von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich und deshalb nicht über einen Kamm zu scheren. Im Wesent-

lichen aber ging es bei den meisten um den Wechsel von einem rein senioritätsorientierten Entlohnungssystem (mit nahezu automatischen Beförderungen und Gehaltsprüngen) zu einer Kombination mit Leistungslöhnen, die für die meisten – je nachdem, wie diese Leistungskriterien definiert und bemessen wurden – wenig überraschend Gehaltskürzungen mit sich brachten. Bei einer Minderheit der Unternehmen wurden allerdings auch schlicht und einfach Lohnkürzungen direkt angeordnet oder mit neuen Lohnskalen durchgesetzt (Takahashi 2014: 97). Weiter wurden in so gut wie allen Unternehmen während 2008–2011 freiwillige Sozialleistungen weiter zurückgeführt, dass sie in Summe weitgehend irrelevant wurden. Es bleiben an signifikanten Personalausgaben neben den Löhnen (einschließlich Boni) nur noch die Pflichtbeiträge für die Pensions- und Sozialversicherungsbeiträge (Takahashi 2014: 107). Die gute alte Japan Inc. Firmenfolklore von der großen Unternehmensfamilie mit firmengeponserten Sportclubs, subventionierten Kantinen, bezahlten Freizeitausflügen, Betriebskindergärten, Hausfrauenclubs und Sonderpensionen gehört also weitgehend der Vergangenheit der Hochwachstumszeit an.

In der Vergangenheit wurden Reallohnkürzungen toleriert, weil sie dem sozialen Konsens des Vorrangs der Arbeitsplatzhaltung vor Lohnsteigerungen entsprachen und zudem teilweise von der Preisdeflation ausgeglichen wurden. Die aktuelle Inflationspolitik macht dem jedoch ein jähes Ende.

5 Wachsende Ungleichheit

Obwohl Einkommens- und Vermögensdisparitäten (abgesehen von Extremfällen in beiden Richtungen maximaler Gleichheit und extremer Ungleichheit) für Wachstumspolitiken in OECD Ländern wahrscheinlich nicht sonderlich relevant sind, lohnt doch eine Betrachtung der japanischen Entwicklung. Denn in der Diskussion jener Disparitäten ist m. E. zumindest im japanischen Kontext hypothetisch davon auszugehen, dass die im Wesentlichen älteren vermögenden Sozialschichten aufgrund ihres saturierten Lebensstandards eine tendenziell geringere Konsumneigung aufweisen, als jene ärmerer jüngerer Erwachsener, die mangels Masse die in den 1980er und 1990er Jahren üblichen Konsumentscheidungen ihrer Altersgruppe (Familiengründung, Auslandsreisen, PKW-Kauf, Hausbau etc.) entweder aufschieben oder ganz stornieren.

Der Gini Koeffizient (als der wichtigste international vergleichende Indikator von Einkommensungleichheit) steht in Japan jetzt bei 0,39, oberhalb des OECD Durchschnitts und ist damit weit höher als etwa der Deutschlands (0,28). Er befindet sich in der Nachbarschaft von Spanien, Griechenland und Großbritannien, Län-

der, in denen die tradierte Klassengesellschaft sowie die neuen Einkommensdisparitäten in Europa relativ stark ausgeprägt sind. Die relative Armutsrate Japans liegt nach Steuern und Transfers bei 16 %. Das ist die 6. höchste Rate unter allen OECD Ländern. Sie liegt höher als in jedwedem Land Europas. Durch Steuern und Transfers wird jene Ungleichheit nur minimal ausgeglichen, da Japans umfangreicher Sozialhaushalt ganz überwiegend Alterspensionen und Gesundheitsausgaben zugutekommt, sehr wenig dagegen für die arbeitsfähige Bevölkerung oder Kinder verwendet wird. So sinken nach jenen Transfers der Gini Koeffizient nur auf 0,32 und die relative Armutsrate um 13 % (OECD 2013: 37–38).

Die relative Armutsrate von Haushalten alleinerziehender Eltern (d. h. in der Regel Frauen) liegt bei 60 %. Sie verdienen weniger als 50 % des Medianeinkommens (d. h. weniger als 1,1 Millionen Yen im Jahr). Im September 2011 erhielten 2,2 Millionen Japaner Sozialhilfe (die zugänglich wird, nachdem die Arbeitslosenhilfe je nach bisheriger jahrzehntelanger Beschäftigungsdauer nach 3 bis 11 Monaten ausläuft), eine Rekordzahl seit dem Massenelend der Nachkriegszeit. Eine der ersten Maßnahmen der Abe-Regierung war es, die Sozialhilfe stufenweise bis 2016 um insgesamt – 6,5 % zu kürzen, damit sie deutlich unterhalb des Mindestlohneinkommens liegt (Osaki 25.07.2013). Die Mindestlöhne sind je nach Lebenshaltungskosten zwischen Präfekturen und gelegentlich auch nach Industriebranchen differenziert. Im nationalen Durchschnitt betragen sie 764 Yen pro Stunde (d. h. 5,60 Euro). Bei voller Beschäftigung entspricht dies einem Monatsgehalt von 160.000 Yen, ermöglicht also nur Erwerbsarmut.

Aber auch die Mittelschichten erodieren. Die Spitzen der Einkommensteuern liegen bei 47,3 %. Dies betrifft vor allem Gehaltsempfänger als die Melkkühe des Fiskus, während Selbstständige und Unternehmer über zahlreiche Abschreibungen und Schlupflöcher in hohem Maße steuerfrei ausgehen. Die Rentenbeiträge werden von derzeit aktuell 16,8 % bis 2020 auf 18,3 % gesteigert – während die Renten selbst von 59 % des letzten Gehaltes auf 50 % gekürzt werden, und das Einstiegsalter von 60 auf 65 Jahre verschoben wird. Die Rentenversicherung Kösei Nenkin wird zu 41 % aus staatlichen Mitteln (d. h. über eine erhöhte Staatsverschuldung), zu 31 % vom Arbeitgeber und zu 28 % von den Arbeitnehmern finanziert. Alternativ müssen Selbstständige in eine staatliche Rentenversicherung namens Kokumin Nenkin einen Fixbeitrag von 16.380 Yen monatlich einzahlen. Am Ende erwartet sie eine Mindestrente von Yen 65.500 (470 Euro) im Monat. Das erscheint zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig, selbst bei einer frugalen Existenz auf dem Lande.

Die Pflichtbeiträge für die Krankenversicherung belaufen sich auf durchschnittlich 9,3 %. Dazu gesellen sich die altersgestaffelten Beiträge für die Pflegeversicherung von 1,3–1,6 %. Wenn man diese progressiv gestalteten Abzüge in Rechnung setzt, bleiben

von den Bruttogrundlohnsteigerungen der Shunto 2014 von schätzungsweise 1500 Yen netto (10,50 Euro) bestenfalls vier Dosen Bier oder zwei Lunchpaketen im Monat.

Wegen der »finanziellen Repression« in Gestalt der 0 % Zinspolitik der Bank von Japan (einer klassischen Anti-Mittelschichtenpolitik) und des Prozesses des Entsparens, der mit der allgemeinen Überalterung einhergeht, ist Japans Sparquote von 18,4 % (1981) auf 0,5 % (2011) dramatisch gefallen. Ein Viertel der Bevölkerung hat überhaupt keine Ersparnisse, lebt also von der Hand in den Mund (Welter 13.08.2009). Dies zeigt, dass es eigentlich keine Reserven gibt, von denen ein Konsumboom genährt werden könnte, selbst dann, wenn die Psychologie dafür stimmte (abgesehen einmal von dem kurzlebigen Luxuskonsum von Kapitalbesitzern in Tōkyō, die vom Börsenboom von 2013 profitieren konnten). Der Besitz von Aktien ist auf 17 % der Bevölkerung (einschließlich natürlich der Masse der Kleinanleger) beschränkt.

Wenig überraschend bekundeten in einer NHK Umfrage im Jahr 2006 14 % der Befragten, sie fühlten sich der Oberschicht zugehörig, 46 % der Mittelschicht, und 35 % der Unter- bzw. unteren Mittelschicht (Pilling 11.01.2007). Mit einer unterschiedlichen Schichtenkategorie von 1–10 erklärten sich drei Jahre später 70 % der Japaner als den fünf unteren Gruppen zugehörig. Zwei Jahrzehnte früher hätten sich 90 % unweigerlich als Mittelschichtangehörige deklariert. 36 % bekundeten, eine geringere berufliche Stellung zu haben, als sie ihre Väter ausgeübt hatten (Murata und Aramaki 2013). Sie sehen sich also tendenziell als Absteiger. Im Jahre 2009 beschrieben 35 % der Japaner ihre Gesellschaft als hierarchische Pyramide, während nur noch 18 % sie als zwiebelartige Mittelschichtengesellschaft wahrnahm. Insgesamt 74 % hielten die aktuellen Einkommensdisparitäten für »zu groß« (NHK Broadcasting Culture Research Institute 2010).

Bei der Beurteilung des vielbeschworenen privaten »Reichtums«, der sich vor allem in den Händen der älteren Generation befindet, ist zu berücksichtigen, dass das Gros der Lebensersparnisse in privatem Wohnraum angelegt ist. Denn 62,7 % aller Japaner wohnen in den eigenen vier Wänden. Japanische Eigenheime sind zumeist aus Pressholzplatten, die auf ein Holzbalkengerüst geschraubt sind, gezimmert. Sie werden auf einem Betonsockel in wenigen Tagen in Fertigbauweise errichtet. Sie haben nach den Vorschriften des Infrastrukturministeriums eine Lebenszeit von maximal 30 Jahren, während der die Hypothekenschuld getilgt wird. Im Erbfall wird das abgewirtschaftete Anwesen in der Regel abgerissen, um vom Verkauf des Baugrundes die hohen Erbschaftssteuern (die von 10 % auf Vermögen bis zu 10 Mio. Yen [70.000 Euro] auf 50 % bei Vermögen von über 300 Mio. Yen [2,1 Mio. Euro] steil ansteigen) zu begleichen. Ein Großteil der Lebensleistung einer Mittelschichtenfamilie wird so regelmäßig vernichtet.

6 Der Wandel im Arbeitsmarkt

Entscheidender als kurzfristige jährliche Einkommensanpassungen sind sicherlich die langfristigen Strukturentwicklungen der Arbeitsmärkte. In Japan kann die Entwicklung nicht anders als dramatisch und in der Entwicklungstendenz als mutmaßlich unumkehrbar dargestellt werden. Japans Zahl an Arbeitskräften fiel während 2000–2010 um 2,6 % auf 66 Millionen. Dieser Niedergang wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen, da die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) sich von 80,1 Millionen (2012) auf 44,1 Millionen (2060) nahezu halbieren wird. Während jener 48 Jahre wird Japan demzufolge alljährlich 750.000 potentielle Arbeitskräfte verlieren. Während in der Industrie der Verlust an Arbeitsplätzen in der Vergangenheit durch eine höhere Produktivität kompensiert werden konnte, war dies bei Dienstleistungen und in der Bauwirtschaft nicht der Fall, wo während der letzten Dekade keine Produktivitätsfortschritte messbar waren.

Obwohl das Arbeitsleben jetzt formal von 60 auf 65 Jahre ausgeweitet wurde und obwohl die Weiterbeschäftigung meist nur als Teilzeittätigkeit zu einem Bruchteil der bisherigen Bezahlung erfolgt (und altersbedingte Kündigungen im Jahre 1985 bis zum Alter von 60 Jahren verboten wurden), ist Japan auf die langfristige Schrumpfung seiner Arbeitskräfte schlecht vorbereitet. Dies vor allem, weil seine Jugendarbeitslosigkeit mit 8,1 % relativ hoch ist, junge Arbeitnehmer zunehmend in prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt werden, wo sie hauptsächlich Hilfsarbeiten verrichten und keine betriebliche Berufsausbildung erhalten, und weil jugendliche Oberschul- und Hochschulabsolventen in einem klassischen »mismatch« weiter nach Anstellungen im niedrig produktiven Angestelltenbereich drängen, und sie kaum noch bereit sind, sich um produktivere Vorarbeiter- und Meisterstellungen in Industrie und Handwerk zu bemühen, von einer Existenzgründer- oder Unternehmertätigkeit ganz zu schweigen. Das Ergebnis ist ein absehbarer Qualifikationsverlust der nachwachsenden Arbeitnehmer, deren Produktivitäts- und Innovationspotentiale untergenutzt bleiben, und dies in einem Land, das sich in der Abwesenheit von Bodenschätzen und Finanzkapital nur durch die Leistungen seines Humankapitals während 1950–1990 an die Weltspitze vorgearbeitet hat. Drei Variablen erscheinen entscheidend für den fundamentalen Strukturwandel.

6.1 Teilzeittätigkeiten

Die zunehmende Tendenz zu irregulärer Arbeit, die im September 2013 19,6 Millionen Arbeitnehmer (37,1 % aller Beschäftigten) betraf. Traditionell waren solche prekären unterbezahlten Teilzeittätigkeiten Studenten für Teilzeitjobs (*arubeito*), Tagelöhnern als sozialem Randphänomen, älteren Arbeitnehmern nach der Pensionierung und vor allem Frauen nach der Erziehungsphase als Zuerwerb zum Familieneinkommen vorbehalten. Typisch waren Aushilfstätigkeiten in der Gastronomie und im Einzelhandel. Jetzt sind sie für männliche Oberschulabsolventen im Alter von 25 bis 29 Jahren zu 61 % und für alle Frauen zu 54,5 % (2012) die mehrheitliche Beschäftigungsform geworden. Männer insgesamt sind zu 19,7 % betroffen. In der Altersgruppe von Arbeitnehmern zwischen 15–24 Jahren (ohne Schüler und Studenten) sind es 26 % der jungen Männer und 38 % der jungen Frauen (Hori und Ikeda 2014: 53).

Dabei fällt eine zielgerichtete Dramatik der geplanten Entwicklung auf: Im Jahr 1995 verabschiedete Nikkeiren ein Konsenspapier, das als Antwort der Stagnationskrise die Reduktion der regulären Karriere-Rekrutierungen und die Ausweitung nicht-regulärer Beschäftigungen propagierte (Watanabe 2014: 13–14). Im Jahre 1988 hatten die »Regulären« noch 82 % aller Beschäftigten ausgemacht. Im Jahr 2012 waren es nur noch 64,8 %. Derweil wuchsen die Kategorien der »Irregulären« massiv an: die der Teilzeitarbeiter von 10,7 % auf 17,2 %, die der Nebentätigkeiten von 3,8 % auf 6,8 %, verstärkt durch die neugeschaffenen Kategorien der Endsandtkräfte der Arbeitsvermittler (1,7 %) und kurzfristiger Vertragsbedienstete (*shokutake*) (6,9 %) im Jahr 2012. Sie sind vor allem in Dienstleistungen wie in der Gastronomie und Hotellerie (73 %), im Groß- und Einzelhandel (50 %) und in Heil- und Pflegeberufen (39 %) typisch, die auf eine fluktuierende Nachfrage flexibel reagieren müssen, weniger dagegen in der Industrie (26 %, 2012) (Asao 2014: 27–30). Zwar betonen die Apologeten der Flexibilisierung, wie Yasuyuki Nambu, der Gründer von Pasona, der größten privaten Vermittlungsagentur, solche Vorteile wie Wahlfreiheit und flexible Arbeitszeiten nach eigenen Bedürfnissen (*The Economist* 29.07.2007). Doch haben die meisten jener Kräfte den dringenden Wunsch, einen regulären Arbeitsstatus zu bekommen, der jedoch meist unerfüllt bleibt (Ono 2012: 35). Manche Einzelhandels- und Systemgastronomieketten wie Nitori (Möbel), Diesel und Uniqlo (Textilien) oder Starbucks bieten den besten Sollübererfüllern unter ihrer Masse an Teilzeitkräften Dauerbeschäftigungen als Anreiz (McLanahan und Soble 16.04.2014), um Stachanowsche Höchstleistungen zu motivieren. Die überwältigende Mehrheit kann davon notgedrungen nicht profitieren. Überflüssig zu wiederholen, dass sie trotz oft gleicher Arbeit im Vergleich zu den regu-

lären Stamarbeitern wesentlich schlechter und ohne Anspruch auf Sozialversicherungs- und Pensionsrechte bezahlt werden.

6.2 Ent-Industrialisierung

Während 2002–2014 gingen in der Industrie und Bauwirtschaft vier Millionen qualifizierte Arbeitsplätze verloren, die zu 70 % männlich waren. Die umgekehrten – teilweisen – Arbeitsplatzgewinne befanden sich zu 1,8 Millionen im Dienstleistungsbereich im Gesundheits-, Wohlfahrts- und Gastronomie-Sektor, die zu 75 % von Frauen ausgeübt werden. Das Problem ist, dass die ersten Arbeitsplätze im Schnitt 370.000 Yen im Monat zahlten und eine Familie ernähren konnten, und die zweiten 230.000 Yen bringen und dies nicht leisten können (Ito und Fujioka 28.12.2011). Im ersten Fall handelte es sich zu 90 % um eine arbeitslebenslange Beschäftigung mit Sozialversicherungs- und Rentenansprüchen, im zweiten Fall zu 70 % um weder das eine noch das andere. Der klassische Oberschulabsolvent in der Provinz konnte in der Vergangenheit darauf hoffen, von seiner Firma zum industriellen Facharbeiter ausgebildet zu werden und anschließend mit seinem Gehalt auskömmlich eine Familie gründen zu können. Dieser Weg scheint jetzt weitgehend verschlossen.

Insgesamt nahm der Beschäftigungsanteil des Sekundärsektors (Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft) von 1994 von 33,4 % auf 24,8 % (2010) ab und der der Dienstleistungen von 60,3 % (1994) auf 70,3 % (2010) zu. Innerhalb des Dienstleistungssektors selbst gab es eine deutliche Verschiebung vom Groß- und Einzelhandel und der Gastronomie (35 %, 2002) zu Gesundheits- und Pflegeberufen (14,9 %, 2010) und zum Informations- und Kommunikationssektor (4,6 %, 2010) (Nishimura 2014: 38)

6.3 Technologisch obsoleete Angestellte

Neue Technologien haben nicht nur in der industriellen Arbeitswelt reihenweise qualifizierte Arbeitsplätze obsolet werden lassen. Dies betrifft auch mittlere Einkommensfunktionen und das mittlere Management – die klassischen *salarymen* – in der Verwaltung, die mit flacheren Hierarchien angesichts begrenzterer Wachstumsaussichten ohne das früher übliche Horten von Arbeitskräften auskommen kann (*The Economist* 05.01.2008). Noch werden jene Stamarbeitskräfte vom japanischen Arbeitsrecht und den gerichtlichen Fallentscheidungen geschützt. Da jene als *madozoku* (Fenster-Stamm) bezeichneten kaltgestellten unproduktiven Ange-

stellengruppen ohne zwingende firmenbedingte Gründe nicht gekündigt werden können, sind die meisten Firmen dazu übergegangen, die alten senioritätsbestimmten Gehaltsskalen durch Leistungslöhne zu ersetzen, die es ihnen erlauben, die Gehaltskosten entsprechend zu trimmen. So sank die Gesamtlohnsumme Japan von 2000 bis 2013 um -7% , und während 2012–2013 allein um -3% (McLannahan und Soble 16.04.2014). Dennoch gibt es weiter keinen nennenswerten funktionierenden zweiten Arbeitsmarkt, der es Arbeitnehmern im mittleren Arbeitsleben ermöglichen würde, sich durch den Wechsel des Arbeitgebers in Spitzenunternehmen zu verbessern (McLannahan 03.10.2012).

7 Arbeitsmarktflexibilität

Die japanischen Gewerkschaften, die die Stammebelegschaften in der Industrie und öffentlichen Verwaltung vertreten – größtenteils sind auch formal nur festangestellte Mitarbeiter als Mitglieder zugelassen –, vertreten verständlicherweise einigermaßen kompromisslos die arbeitslangen Beschäftigungsrechte ihrer Mitglieder (YS 05.10.2013). In verschiedenen Reformausschüssen und Beratungsgremien (*shingikai*) der Regierung mehrmals laut angedacht, ist trotz des Druckes von Keidanren eine Reform des Arbeitsrechts – wie so viele andere strukturelle Reformideen für den »dritten Pfeil« von Abenomics ad calendae Graecas vertagt worden. Tatsächlich werden eher widersprüchliche Maßnahmen als Gesetzesprojekte vorbereitet.

Erstens wurde die von der DPJ Vorgängerregierung im Jahre 2012 eingeführten Dreijahresfrist für Teilzeitbeschäftigte abgeschafft. Einerseits hilft diese Reform jenen prekär Beschäftigten, wie befürchtet, nach 2 Jahren und 11 Monaten nicht gekündigt zu werden. Andererseits verfällt der Anreiz, ihnen Dauerbeschäftigungen anzubieten (was in der Praxis ohnehin nur in seltenen Ausnahmefällen passiert) (Shikata 2012: 67; YS 4.2.2014)

Zweitens erfolgte die Einführung einer Zwischenkategorie »begrenzter Vollangestellter« zwischen der Karrierelaufbahn (*sōgō shoku*) und der des ohne Beförderungen vorgesehenen einfachen Dienstes (*ippan shoku*) der Firmen. Sie soll den Zugang zur innerbetrieblichen Ausbildung, Sozial- und Pensionsleistungen, gewisse Aufstiegsmöglichkeiten, sowie verstärkten Kündigungsschutz ermöglichen, gleichzeitig aber den Arbeitnehmer vor den üblichen willkürlichen Versetzungen schützen. Dies soll offensichtlich Frauen mit Familie eine qualifiziertere chancenreiche Berufslaufbahn ermöglichen.

Drittens wurde das Entsandtkräftegesetz für Arbeitsvermittler völlig liberalisiert, deren Dienste bislang auf 26 Berufskategorien beschränkt waren. Sie sollen nunmehr schrankenlos Kräfte mit Kurzverträgen für alle Tätigkeiten vermitteln können. Dies könnte den Anteil von nichtregulären Arbeitskräften von derzeit 37 % auf gut 50 % im Jahre 2020 erhöhen (Chu und Kiwako 25.03.2014).

Interessant ist, dass trotz dieser massiven Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der Kürzung der Lohnkosten die Abwanderung der japanischen Industrie ins Ausland nicht gestoppt wurde. Keidanren und ihr damaliger Vorsitzender Fujio Mitarai (vormals Vorstandschef von Canon) hatten vor Jahren argumentiert, nur solche Maßnahmen könnten den Trend umkehren (Pilling und Barber 31.05.2008).

8 Unternehmensabwanderungen

Die Entindustrialisierungstendenzen setzen sich trotz aller patriotischen Appelle und trotz einer für japanische Auslandsinvestitionen ungünstig niedrigen Yen-Rate während 2014 ungebrochen fort: Zum einen ist er vom politisch fixierten Kostendruck motiviert (vor allem für Energie-, Transport- und Verwaltungskosten) und den ausgereizten Produktivitätspotentialen in der Industrie, zum anderen vom Wunsch zur marktnahen Erschließung neuer Wachstumsmärkte angesichts der Schrumpfung der eigenen Bevölkerung und ihres Wohlstandes.

Seit 2009 verdoppelten sich die produktiven Auslandsinvestitionen japanischer Firmen auf US\$ 122,4 Milliarden. Investitionen im Binnenland sind tendenziell rückläufig und beschränken sich auf die Modernisierung existierender Anlagen, etwa durch die Anschaffung neuer Maschinenparks und auf den nicht-industriellen Bereich (Finanzwirtschaft, Bauwirtschaft, Transportwesen), nicht aber zur Erweiterung von Produktionskapazitäten. Der letzte Investitionsboom fand in Japan Mitte des letzten Jahrzehnts für die Herstellung von Solarpanelen und Fernsehgeräten statt, die jedoch seit Jahren wegen ihrer Überkapazitäten und der chinesischen und koreanischen Konkurrenz Verlustträger sind (Soble und Thompson 13.12.2013). Die japanische Industrie stellt mittlerweile 33 % ihrer Produkte im Ausland her. 1989 waren es erst 14 %. Im Jahr 2017 sollen es 39 % werden (JT 28.03.2014b). Auch die Teilefertiger und Zulieferer werden von ihren Hauptabnehmern zunehmend gezwungen, nahe den Endfertigungsstätten im Ausland zu produzieren. Wegen ihrer günstigeren Kostensituation bezüglich Arbeit, Energie, Transport und gesetzlicher Bestimmungen ist die Gewinnspanne japanischer Auslandsinvestitionen mit durchschnittlich 5,9 % deutlich günstiger als die der Binnenproduktion (3,3 %). Die gegenwärtige Abwertungspolitik als Konsequenz von Abenomics bestärkt den

Trend. Die Gewinne von Mitsui Chemicals zum Beispiel steigen um 600 Millionen Yen für jeden Abwertungsverlust um 1 Yen bei der Repatriierung der Profite (Sharp und Hagiwara 15.06.2013). So gibt es derzeit jede Menge neuer Großprojekte der japanischen Industrie im Ausland, angefangen von einem 30 Milliarden Yen Nickel-Hüttenwerk von Sumitomo Metal und einem integrierten Stahlwerk von JFE in Vietnam. In Japan selbst werden solche Investitionen weder im Grundstoffbereich noch in der Endfertigung mehr vorgenommen. Selbst eine traditionell »patriotische« Firma wie Toyota, die darauf besteht, weiter mindestens 3 Millionen PKWs in Japan endzufertigen, verstärkt die Anzahl und den Anteil der aus dem Ausland bezogenen Komponenten massiv (*JT* 17.02.2012), vermindert also weiter die Fertigungstiefe im Lande auf Kosten der Zulieferer.

Gleichzeitig geht die Stilllegung von Fabriken – vor allem im unter Wettbewerbsproblemen leidenden Elektroniksektor (Sharp, NEC, Sony, Renesas, Toshiba, Panasonic) für die Herstellung von Halbleitern, Fernsehern, Digitalkameras und Computern – unablässig weiter. So werden gerade die noch vor einem Jahrzehnt als Cluster von Zukunftsindustrien gepriesenen und subventionierten Präfekturen Kagoshima und Yamanashi hart getroffen. Aber auch traditionelle Industrien von Tofu und Tabak bis zur Papierherstellung sperren Fertigungsstätten wegen der strukturell fallenden Nachfrage zu. Das gleiche Bild bei der Schwerindustrie (Werften, Stahl, Petrochemie) wegen der überlegenen chinesischen und koreanischen Konkurrenz auf den Drittmärkten. Als Ergebnis der Deindustrialisierung sind auf Shikoku und Kyūshū die Bauindustrie und der Gesundheitssektor zusammengenommen bereits zum relativ größten Arbeitgeber geworden, die nahezu jeden vierten Arbeitsplatz stellen (Ito 2014: 35) – beides Sektoren, die in hohem Maße von staatlichen Ausgaben abhängen.

Tatsächlich erscheint die Abwanderung der japanischen Industrie als eine rationelle Antwort, auch die künftig reduzierte Binnennachfrage für Güter und Arbeit und die massive Schrumpfung der verfügbaren Arbeitskräfte in einem Land, dessen Bevölkerung von gegenwärtig 126 Millionen nach mittleren Geburten- und Sterberaten auf 87 Millionen im Jahr 2060 fallen wird. Weil die Regierung diese Logik nicht wahrhaben will, treffen die Werksschließungen die betroffenen Präfekturen in einer ungeplanten regionalen und sozialen Härte. Die üblichen öffentlichen Bauprogramme, leere Museumspaläste und Fischereihäfen, ungenützte Brücken, Industrieentwicklungszonen und Flughäfen, neue Rathäuser und Kulturzentren in der Mitte von nirgendwo (Kerr 2001: 13–16) sind jedoch nicht die Antwort.

9 Weibliche Berufstätigkeit

Zu den nur mit Schwierigkeit nachvollziehbaren Argumentationsmustern der Abe-Regierung zählt die These, durch eine erhöhte Berufstätigkeit junger Mütter könne ein entscheidender Wachstumsimpuls erzielt werden. Zweifellos verschwendet Japan mit der intensiven Einzelkinderbetreuung durch nicht-beschäftigte Mütter hochqualifiziertes Humankapital.

Doch kann die regierungsamtlich rhetorisch vielbeschworene *womanomics* die japanische Wirtschaft retten? Die weibliche Berufstätigkeit liegt bei 47,7 %, der zweitniedrigsten in der G 7. Sie besteht aus einer sogenannten »M-Kurve«. D. h. sie steigt in Tandem mit der männlichen Beschäftigung bis Anfang 30 an und fällt dann mit Eheschluss oder der Geburt des ersten (und meist einzigen) Kindes ab, um 20 Jahre später wieder zu steigen: Dann wird zur Verbesserung des Familieneinkommens meist eine subalterne Teilzeitstellung wieder etwa ein Jahrzehnt lang ausgeübt. Das Ziel der Abe-Regierung ist es, die Beschäftigungsrate für Frauen im gebärfähigen Alter von 25 bis 44 von 66 % bis zum Jahr 2020 auf 73 % zu erhöhen, die »M-Kurve« sozusagen nach oben auszudellen. Da 60 % jener gut ausgebildeten Frauen (3,4 Millionen) nach der Geburt des ersten Kindes ihren Arbeitsplatz kündigen, plant die Regierung 700 Milliarden Yen für 400.000 neue Krippen und Kindergärten sowie für Betreuungsplätze nach dem Schulgang bis Ende 2017 auszugeben.

Dennoch bleibt der Einfluss der Regierung auf die maskulin dominierte Personalpolitik der Unternehmen mit ihren 13-Studentagen (mit zuzüglichen Stunden für den Pendlerverkehr) und ihrer rigiden Versetzungspraxis begrenzt.

Dazu kommt der Einfluss des Steuerrechts. So diskriminiert die Zusammenveranlagung eines Paares (anstelle des Ehegattensplittings) mit der höheren Steuerprogression die qualifizierte Berufsausübung beider Partner. Als Ausweg erfand das japanische Steuerrecht einen Freibetrag von 1 Million Yen, den eine Frau im Jahr steuerfrei verdienen konnte. Jetzt sieht die Abe-Administration dies als einen Hinderungsgrund für eine umfassendere Berufstätigkeit der Ehefrauen an und plant die Abschaffung (Mogi und Shimodoi 04.04.2014). Positive Anreize sehen anders aus.

Die Abe-Regierung verkündete weiters als hehres Ziel, im Jahr 2020 sollten 30 % aller Managementfunktionen von Frauen ausgeübt werden. Derzeit sind es knapp 11 %, zumeist als Gruppenvorgesetzte in Banken, Werbeagenturen und anderen Dienstleistern. Nur 1,2 % der Vorstandsmitglieder sind Frauen. Keidanren, der sich zu dem Thema sehr progressiv äußert, hat keine einzige Frau unter seinen knapp einhundertfünfzig Vorstands- und Ausschusshauptlingen (Keidanren 2013: 7–9). Bezeichnend ist ebenfalls, dass Führungsfunktionen für Frauen, die im unmittelbaren Einflussbereich der LDP und der von ihr gestellten Regierung und den meisten

Präfekturverwaltungen liegen, noch unterentwickelter sind als jene der Privatwirtschaft: So ist der Frauenanteil seit Dezember 2012 im LDP dominierten Unterhaus auf 7,9 % (die meisten bei der dezimierten Opposition) zurückgegangen. In den Präfekturversammlungen liegt er bei 8,6 %, bei den Gouverneuren bei 6,4 % (2012), bei Abteilungsleitern und Direktoren im Jahr 2011 in den Ministerien bei 2,6 % und in den Präfekturverwaltungen bei 6,5 % (Horie und Ikeda 2014: 64).

Die deklaratorische Förderung der weiblichen Berufstätigkeit ist nicht neu. Schon in den Jahren der spekulationsgetriebenen Blasenkonjunktur von 1986–1991 war als »Madonna-Boom« die Beförderung weiblicher Juniormanagerinnen eine populäre Modeerscheinung, die sich krisenbedingt nach 1992 sehr schnell verflüchtigte (Thomson 12.08.1992). Seit 1996 wurden von verschiedenen Regierungen 5-Jahrespläne verabschiedet, die sämtlich eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Arbeitsleben versprochen. Angesichts ihrer unverbindlichen Inhalte vorhersehbar mit nur überschaubaren Erfolgen. Die Mehrheit aller Unternehmen bekundete in Umfragen im Jahr 2010 nicht die geringste Absicht, irgendwelche positiven Maßnahmen in dieser Richtung umzusetzen (Yamada 2013: 17–18). Ähnlich wurden seit 1989 sogenannte »Angel-Plans« (ein sehr zweideutiger Name!) zur Erhöhung der Geburtenrate verabschiedet, als deren Nicht-Ergebnis sich jene nur noch weiter nach unten verschlechterte. Tatsächlich betragen die öffentlichen Ausgaben für Familienpolitik (Kindergeld, Krippen und Kindergärten) in Japan nur 0,6 % des BIP (im Vergleich zu 3 % in Skandinavien). Da die Opportunitätskosten für das Kinderkriegen und die Erziehung bis zur Hochschule in Japan weiter extrem hoch bleiben und nichts Effektives zu einer Umkehr geschieht, bleiben die demographischen Grunddaten mit einer weiter langsam absinkenden Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau so deprimierend wie je. In dem Zusammenhang überrascht es kaum, dass angesichts der regen Wahlbeteiligung der Älteren und der politischen Abstinenz der jungen Wähler, der sogenannten *silver democracy*, 79,2 % des umfangreichen und im Gesundheitsbereich nahezu explodierenden Sozialhaushaltes mehrheitlich für die Bedürfnisse der Alten ausgegeben werden (YS 10.07.2013), und zwar zu 47,9 % für den steuerfinanzierten Anteil der Pensionen und zu 31,3 % für Gesundheit und Pflege (Kaneko 2014: 184).

Ursächlich scheint für den weiteren Rückgang der Geburtenrate, die für die langfristigen Wachstums- bzw. Schrumpfungsaussichten der japanischen Wirtschaft die entscheidende Variable ist, weniger das eheliche Gebährverhalten, sondern vielmehr die verspätete bzw. unterlassene Eheschließung. Waren im Jahr 1990 nur 30 % aller Männer im Alter von 30–34 Jahren noch ledig, so waren es im Jahr 2010 schon 50 % (Egami 2014: 19). Die Gründe liegen einmal in der Tatsache, dass Männer in prekären Beschäftigungsverhältnissen (und dies sind, wie wir sahen, gut ein Viertel)

von jungen Frauen in Japan grundsätzlich als nicht ehefähig angesehen werden, dass sie zweitens mit ihrem gestiegenen formalen Bildungsniveau, wie anscheinend die meisten Frauen weltweit, Partner mit geringeren Bildungsqualifikationen und einem geringeren Sozialstatus als sie selbst oder dem ihres Vaters nicht akzeptieren, und drittens das traditionelle Rollenbild einer sich für die Kinder, den Gatten und die Großelterngeneration sich opfernden Hausfrau nur noch für schwindende Minderheiten attraktiv ist. Weiter erschwert, dass der soziale Konformitäts- und Leistungsdruck in dem traditionell kinderfreundlichen Land es angesichts des dauernd steigenden erwarteten Aufwandes und Kosten geschafft hat, dass 78 % der Japaner mittlerweile glauben, es sei schwer, heute Kinder aufzuziehen. In Summe sahen 44 % in ihnen eher eine Last, im Gegensatz zu 45 %, für die es noch eine Lust war (Coulmas 2007: 17). Dazu kommt die massive Diskriminierung lediger Mütter, ihre Armutswahrscheinlichkeit und ein seit der Nachkriegszeit in der Praxis sehr liberal gehandhabtes Abtreibungsrecht, das von einer gewissen Ärztelobby als hauptsächliche Verhütungspraxis lange monopolisiert und missbraucht wurde. Das Ergebnis sind – im Gegensatz zu den europäischen Ländern mit den relativ höchsten Geburtenraten wie Schweden oder Frankreich – nur sehr selten ausgetragene Schwangerschaften lediger Frauen (die, würden sie denn zum glücklichen Ende gebracht, angesichts von etwa 300.000 offiziellen, mutmaßlich stark unterberichteten jährlichen Abtreibungsfällen das demographische Problem Japans auf einen Schlag deutlich entspannen könnten) (Kato 20.10.2009). So aber werden nur knapp 2 % aller Kinder von ledigen Müttern bzw. unverheirateten Paaren geboren. Man mag jene dauerhaft ledigen jungen Frauen als *parasite singles* publizistisch diffamieren. Doch ändert dies nichts an der Tatsache, dass sich das Paarungsverhalten trotz aller hilflosen offiziellen Dating-Versuche (nach dem weitgehenden Verschwinden der traditionellen Praxis der Ehevermittlung durch Vorgesetzte und Honoratioren) solch gut gemeinten staatlichen Initiativen weitgehend entzieht.

10 Schlussfolgerungen und Ausblick

Aufgrund der langfristig negativen und ungleichen Einkommens- und Vermögensentwicklung der letzten beiden Jahrzehnte sowie der minimalen und nur partiellen Erhöhung der Nominalgehälter während der Shunto 2014 kann der aktuelle inflations- und steuerbedingte Preisanstieg nicht ausgeglichen werden. Tatsächlich verstärken sie die Verarmungstendenzen der Mittel- und Unterschichten, die vom jahrzehntealten Strukturwandel der Arbeitsmärkte (der Tendenz zu Teilzeittätigkeiten, der Entindustrialisierung der Provinzen und Industrieabwanderungen, so-

wie der technologischen Redundanz vieler Facharbeiter- und Angestelltentätigkeiten bis hin zur mittleren Führungsebene), dem demographischen Niedergang und mutmaßlich den gestiegenen sozialen Disparitäten begründet wurden.

Die Regierungslinie ist schlicht nicht nachvollziehbar, woher mit sinkender Kaufkraft und einer vernachlässigbaren Sparquote ein binnenwirtschaftsgeleiteter Konsumschub herkommen und zu einem nachhaltigen Wachstum führen könnte, der schließlich auch die öffentlichen Haushalte durch sprudelnde Steuereinnahmen sanieren würde. Ursprünglich waren als »dritter Pfeil« von Premier Abe Strukturreformen angekündigt worden, die die Produktivität- und Innovationsreserven der japanischen Wirtschaft beleben sollten, die vom dichten Regelungswerk in den geschützten Sektoren zurückgehalten werden und die Fertigung und das Leben in Japan künstlich verteuern. Doch wie fast alle angekündigten Reformvorhaben in der Vergangenheit (Ausnahmen sind lediglich die Eisenbahnprivatisierung unter Nakasone und die Post-Teilprivatisierung unter Koizumi), kaum werden solche Projekte öffentlich angedacht (seien sie wie aktuell als 3. Pfeil von Abenomics in der Energiewirtschaft, dem Arzneimittelvertrieb, den Hochschulen, in der Landwirtschaft, den Arbeitsmärkten, den Gesundheits- und Sozialversicherungssystemen, den Unternehmenssteuern oder neuen Sonderwirtschaftszonen), werden sie sogleich nach dem Protest der betroffenen Interessen (die zumeist gut organisierte Wähler oder Sponsoren der LDP sind) bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Die erste Regierungszeit Abes bot nach dem Ende von Koizumis Reformjahren dafür bereits reichlich Anschauungsmaterial (Rothacher 2007: 58–60).

Auch die angekündigten Initiativen zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit und ihrer verbesserten Karrierechancen machen sich wie die Vorgängerinitiativen der letzten Jahrzehnte stark deklaratorisch aus. Signifikante Wachstumschancen und positive demographische Konsequenzen sind nicht zu erwarten.

Seit drei Jahren schon nimmt die Bevölkerung Japans um 300.000 Menschen jährlich ab. Diese absoluten Zahlen werden sich nach und nach auf eine Million pro Jahr steigern. Das führt notgedrungen zu ständigen Rückgängen in der Nachfrage nach Konsum- und Gebrauchsgütern aller Art. Schon jetzt stehen unübersehbar 15 % aller Häuser leer, vor allem in der sich entvölkernden Provinz des japanischen Zentralstaats, sowie in Gestalt nicht länger genutzter Zweitwohnsitze.

Mit dem absehbaren Scheitern der Wachstumspolitik der disparaten »Abenomics«-Elemente als letztem Hurra öffentlicher Schulden- und Liquiditätsspritzen böte sich – nicht zum ersten Mal – in Japan die Chance eines Umdenkens zu einer eher an Sozialindikatoren, ökologischer Nachhaltigkeit und Lebensqualität orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Von der Regierung Shinzō Abes ist dies nach dem Inhalt ihrer drei Pfeile jedoch nicht zu erwarten.

Literatur und Interviews

- Abe, Shinzō (23.01.2014), *Speech at Davos Meeting*, Tōkyō: Prime Minister's Office.
- Asao, Yutaka (2014), »Employment and Unemployment Trends«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 27–31.
- Chu, Kathleen und Katsuyo Kuwaku (25.03.2014), »Temp Workers Threaten Housing Recovery« in: *Japan Times*.
- Coulmas, Florian (2007), *Die Gesellschaft Japans*, München: C. H. Beck.
- DPJ (Demokratische Partei Japan) (21.02.2012), »Three Parties Agree on Special Measures Legislation regarding Civil Servants' Salaries«, in: *Weekly Flash*.
- FT (*Financial Times*) (18.2.2014), »Breathing New Life into Abenomics«.
- Hori, Yurie und Shingo Ikeda (2014), »Employment of Youth, Older Persons, Women and Foreign Workers«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 52–64.
- Ito, Aki und Toru Fujioka (28.11.2011), »Shift in Japanese Economy Gives Hope to Jobless Women, but not to Men«, in: *New York Times*.
- Ito, Minoru (2014), »Trends in Regional Employment«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 32–36.
- Ito, Tsuyoshi (06.03.2014), »Non-regular Staff Seeks Wage Hikes«, in: *Japan News*.
- JN (*Japan News*) (06.02.2014), »Real Wage Records 0,5 % Drop in 2013«.
- JN (*Japan News*) (08.02.2014), »Steelworkers Unions Submit Base Pay Hike Requests«.
- JN (*Japan News*) (13.03.2014), »Top Firms OK Union Calls for Base Pay Hikes«.
- JT (*Japan Times*) (17.02.2012), »Industrial Revival Claims Ring Hollow as Makers Flee Japan«.
- JT (*Japan Times*) (24.10.2013), »Rengō to Demand Pay Hike of more than 1 %«.
- JT (*Japan Times*) (11.01.2014), »Autoworker Umbrella to Demand Higher Pay«.
- JT (*Japan Times*) (13.03.2014), »Key Firms Agree to Hike Pay Scales«.
- JT (*Japan Times*) (15.03.2014), »Firms that Shun Pay Hikes to Be Named, Shamed«.
- JT (*Japan Times*) (28.03.2014a), »83 % of Small Firms Skip Wage Hikes«.
- JT (*Japan Times*) (28.03.2014b), »Yen Repatriation ›Fiesta‹ Fades as more Exporters Move Abroad«.
- Kaneko, Yoshihiro (2014), »Social Security System«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 180–198.
- Kato, Mariko (20.10.2009), »Abortion still Key Birth Control«, in: *Japan Times*.
- Keidanren (2013), *About Keidanren*, Tōkyō: Keidanren.

- Kerr, Alex (2001), *Dogs and Demons: The Fall of Modern Japan*, London: Penguin Books.
- Koga, Nobuaki (05.02.2014), »Firms Must Fulfil Responsibilities«, in: *Japan News*.
- Koga, Nobuaki (Präsident Rengō) (26.02.2014), Interview.
- Kotake, Hiroyuki (06.05.2013), »Can Japan Escape Grip of ›Wage Deflation‹?«, in: *Nikkei Weekly*.
- McLannahan, Ben (03.10.2012), »Move to Unseat Japan's ›Window Tribe‹«, in: *Financial Times*.
- McLannahan, Ben und Jonathan Soble (16.04.2014), »Companies Ramp Up Part-timers as Abenomics Stirs Recovery«, in: *Financial Times*.
- Mori, Chikako und Kyoko Shidomori (04.04.2014), »Abe May Reduce Tax Benefits for Women«, in: *Japan Times*.
- Nishimura, Itaru (2014), »Changes in Employment Structure«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 37–43.
- Miyahara, Koji (05.02.2014), »Companies Should Avoid Risky Steps«, in: *Japan News*.
- Murata, Hiroko und Hiroshi Aramaki (2013), *Low Public Awareness of Disparities among Japanese*, NHK Broadcasting Culture Research Institute Reports, Tōkyō: NHK (Nippon Hōsō Kyōkai).
- NHK Broadcasting Culture Research Institute (2010), *Prevailing Sense of Disparity*, NHK Broadcasting Culture Research Institute Reports, Tōkyō: NHK (Nippon Hōsō Kyōkai).
- Nitta, Hideshi (Manager, Labor Policy Bureau, Keidanren) (29.01.2014), Interview.
- Nomura (14.03.2014), *Japan Wage Negotiations: Base Wage Up*, Tōkyō: Nomura Global Markets Research.
- OECD (Organization for Economic Co-operation and Development) (2013), *OECD Economic Surveys Japan*, Paris: OECD.
- Oh, Hak-Soo (2014) »State of Unionization and Labour Union Structure«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 113–117.
- Ono, Akiko (2012), »Job Security Concern among Temporary Agency Workers in Japan«, in: *Japan Labor Review*, 9 (3): 30–58.
- Osaki, Tomohiro (25.07.2013), »Poor Slam Anti-poverty Law as Hollow«, in: *Japan Times*.
- Osaki, Tomohiro (05.04.2014), »Foreign Trainee Program Given OK for Expansion«, in: *Japan Times*.
- Otsuma, Mayumi (13.07.2013), »›Abenomics‹ Dark Side: Hinterland Pay Cuts«, in: *Japan Times*.
- Pilling, David (11.01.2007), »Japan's Rising Concern over Income Disparity Set to Become Election Issue«, in: *Financial Times*.
- Pilling, David (27.03.2014), »Wages and Taxes Will Decide the Fate of Abenomics«, in: *Financial Times*.

- Pilling, David und Lionel Barber (31.05.2008), »Japan Business Chief Hails Flexible Labour Moves«, in: *Financial Times*.
- Rengō (2012), *Record of Activities 2011: The Great East Japan Earthquake*, Tōkyō: Rengō.
- Rothacher, Albrecht (2007), »Shinzo Abe und das Ende der Reformpolitik in Japan«, in: Manfred Pohl und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2007: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJF, S. 51–68.
- Rothacher, Albrecht (2010), *Demokratie und Herrschaft in Japan*, München: Iudicium.
- Sharp, Andy und Yuri Hagiwara (15.06.2013), »Yen's Slump Fails to Stem Corporate Exodus Overseas«, in: *Japan Times*.
- Shikata, Masato (2012), »Is Temporary Work ›Dead End‹ in Japan? Labour Market Regulation and Transition to Regular Employment«, in: *Japan Labor Review*, 9 (3): 59–79.
- Soble, Jonathan (13.03.2014), »Pay Rises Likely to Rev Up Abenomics«, in: *Financial Times*.
- Soble, Jonathan und Jennifer Thompson (13.12.2013), »Abe's Master Plan Puts Focus on Pay Levels«, in: *Financial Times*.
- Takahashi, Koji (2014), »Wage Systems, Working Hours, Company Benefits«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 97–109.
- The Economist* (29.09.2007), »Changing How Japan Works«.
- The Economist* (05.01.2008), »Sayonara, Salaryman«.
- Thomson, Robert (12.08.1992), »Madonnas in Retreat« in: *Financial Times*.
- Wakamatsu, Hideyuki (Generalsekretär, Japan Council of Metalworkers' Unions) (31.01.2014), Interview.
- Watanabe, Hiroaki (2014), »Population and Labour Force«, in: Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT) (Hg.), *Labour Situation in Japan and its Analysis: General Overview 2013/14*, Tōkyō: JILPT, S. 22–31.
- Welter, Patrick (13.08.2009), »Die Japaner sparen nicht mehr viel«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Yamada, Shozo (2013), »Equal Employment Opportunity Act Having Passed the Quarter-Century Milestone«, in: *Japan Labor Review*, 10 (2): 6–19.
- YS (*Yomiuri Shimbun*) (10.07.2013), »Shakai Hōshō: Futanzō no Rongi ha sakerarenai« [Soziale Sicherheit: Diskussion um wachsende Bürde darf nicht vermieden werden].
- YS (*Yomiuri Shimbun*) (21.09.2013), »Seisōshi Kyōki: Seichō no Kojunkan he Giron fukanetai« [Konsultationen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber: Wunsch nach vertieften Diskussionen für Wachstumskreislauf].
- YS (*Yomiuri Shimbun*) (05.10.2013), »Rengō Kaichō 3 Sen: Chin'age he no Oikaze ikaseru ka« [2. Wiederwahl des Rengō Präsidenten: Kann er Rückenwind für Lohnerhöhungen nutzen?].

- YS (*Yomiuri Shimbun*) (07.11.2013), »Kikyō no Kokessan: Chin'age no Jitsugai ni hazumitsuketai« [Gute Unternehmensergebnisse müssen in höhere Löhne umgesetzt werden].
- YS (*Yomiuri Shimbun*) (28.01.2014), »Shuntō Sutāto« [Beginn des Shunto].
- YS (*Yomiuri Shimbun*) (04.02.2014), »Haken Rōdō Minaoshi: Taikaizen ni Chie o Shiboritai« [Neuer Blick auf Teilzeitarbeit: Um kluge Reform der Arbeitsbedingungen muss gerungen werden].
- Yoshikawa, Hiroshi (24.03.2014), »Pay Raises Key to Ending Japan's Deflation«, in: *Japan News*.